

## **"Ach! Wärst du doch besser zu Hause geblieben!"**

Über 300 Menschen in jeder Stunde versuchen nach Einschätzung des spanischen Innenministeriums die Landesgrenze ohne Erlaubnis zu überschreiten. Dies Stunde für Stunde – Tag für Tag. Dem jährlichen Bericht an die EU-Kommission ist zu entnehmen, daß 960.000 Einwanderungsversuche an der spanischen Grenze im Jahr 1999 vereitelt wurden; hiervon allein 700.000 in Ceuta und Melilla – dem spanischen Hoheitsgebiet auf dem afrikanischen Kontinent. Damit nimmt Spanien 1999 die Spitzenposition in der EU ein. Die Zahlen vom letzten Jahr wurden jedoch dieses Jahr nach Regierungsangaben schon in den ersten vier Monaten übertroffen. Da jedoch mittlerweile die Meerenge von Gibraltar militärisch zu Lande, Wasser und zu Luft abgeschottet ist - das Übersetzen von der marokkanischen Küste an dieser Stelle quasi verunmöglicht wurde - wird von den Fluchthelfern auf die canarischen Inseln ausgewichen. Eine Verstärkung der Abschirmung lässt sich die spanische Regierung aktuell über 150 Millionen Euro kosten. Die mit den Fischer- und Segelbooten zu überbrückende Distanz hat sich dabei indes auf 90 Kilometer verfünffacht, womit sich auch die Gefahren vergrößern. Aber das ist jenen, die nichts zu verlieren haben, egal.

### ***Das Ziel: Europa oder der Tod***

Offiziell sind im ersten Quartal diesen Jahres 37 Immigrant/innen tot auf Lastwagen oder an den Stränden Andalusiens, Ceutas und der Canaren aufgefunden worden. Die offiziellen Angaben korrespondieren aber wenig mit Berichten derer, die es "geschafft" haben und von der Guardia Civil aufgegriffen werden: Immer wieder sollen ganze Gruppen auf dem offenen Meer kentern. Die marokkanische Tageszeitung Liberation veröffentlichte, daß in der letzten Dekade 3.450 Flüchtlinge ihr Leben verloren haben. Und die Assoziation für humane Rechte aus Andalusien rechnet mit mindestens 120 Personen für dieses Jahr, die bei dem Versuch, die Meerenge von Gibraltar zu durchqueren, ertrunken sind.

Womit läßt sich der Anstieg dieser sicherlich mit Bedacht zu betrachtenden Zahlen erklären? Ein Faktor liegt sicherlich darin, daß sich die Fluchtwege nach Europa in den letzten Jahren von den osteuropäischen Ländern auf den Mittelmeerraum verschoben haben. So zeigen die Statistiken der EU über Inlandverhaftungen von Immigrant/innen ohne Aufenthaltsstatus 1999 eine höhere Zahl in den Mittelmeeranrainern als beispielsweise in Deutschland oder Österreich. Dies liegt zum einen an den "Drittstaatenregelungen", die mittlerweile mit allen osteuropäischen Ländern getroffen oder erzwungen wurden, zum anderen jedoch an den Beitrittsbemühungen dieser Länder, die dazu führen, daß sich die Beitrittskandidaten gerade auch bei der Abschottung gegenüber Flüchtenden besonders vorbildlich verhalten wollen.

### ***Das neue "Ausländergesetz Spaniens" sollte Rechte illegal Eingereister sichern***

Ein weiterer Faktor ist die Verabschiedung eines "Ausländergesetzes" im spanischen

Parlament im Dezember 1999, welches u.a. vorsieht, Immigrant/innen ohne Aufenthaltserlaubnis, die bestimmte Kriterien erfüllen, einen "legalen" Status zu gewähren. So wie alle westeuropäischen Staaten ist auch Spanien im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf auf billige Arbeitskräfte angewiesen. Wie anderswo auch wird sich dabei gerne der illegalen Immigrant/innen bedient. Für die Aufnahme in das Regulierungsverfahren können Anträge bis Ende Juli 2000 gestellt werden. Es verbreitete sich insbesondere im nordafrikanischen Raum das Gerücht, daß alle, die bis zu diesem Datum nach Spanien gelangen, dort auch bleiben dürften und sich somit auch in "Europa" frei bewegen könnten. Dieser Ruf nutzt insbesondere auch den Fluchthelfern, die für die Passage 600 Euro verlangen - in Marokko drei Monatsgehälter. Unerwähnt bleibt, daß nur Immigrant/innen, die schon mindestens seit dem 1. Juni 1999 in Spanien leben und eine Reihe weiterer Kriterien erfüllen Aufnahme in das Verfahren finden.

Bis Mitte Mai hatten 127.000 Immigrant/innen Aufnahme in das Verfahren beantragt. Der Bedarf an billigen Arbeitskräften scheint jedoch höher zu sein. So hat der Sprecher der Kommission Justiz und Inneres Ramón Jáuregui (Sozialistische Partei) erklärt, daß die Ziffer von 127.000 seiner Meinung nach "nicht dramatisch ist und es besser ist, einfach alle zu legalisieren, auch weil in Spanien der prozentuale Anteil der Ausländer im Vergleich zu anderen europäischen Ländern weiterhin am Sinken ist". Die konservative und regierende Partei plädiert jedoch angesichts des gestiegenen "Zustroms" von Immigrant/innen für eine Rücknahme von Regelungen, die den Status auch illegal Eingereister sichern sollen. So ist im Gesetz vorgesehen, daß staatliche Stellen Arbeits- und Lebensbedingungen von Saisonarbeiter/innen kontrollieren sollen. Auch soll allen, die nachweisen können, daß sie seit längerem im Land leben ein kommunales Wahlrecht eingeräumt werden.

Mittlerweile ist in Spanien eine Debatte hochgekocht, die jener in der BRD vor der Abschaffung des Asylrechtes gleicht. Mitte Mai sagte der Innenminister Jaime Mayor, daß "die Einwanderung das prinzipielle Problem des Zusammenlebens in Spanien sei". Er fügte an, daß es sicherlich die ETA als Problem des 19. Jahrhunderts gäbe, aber "die Einwanderung sei der Eckstein des Zusammenlebens." Die Gewerkschaften der Grenzschrützer in Ceuta äußerten, daß die Situation der Grenzbeamten "infrahumana" sei. Der Bürgermeister von Madrid stellte fest, daß die Immigrant/innen, die nicht zum Arbeiten kommen, überflüssig sind. Und der Bürgermeister vom berühmten El Ejido (Zu El Ejido siehe die letzte ZAG) fügte sogleich hinzu: "Das magrebinische Volk im generellen kommt zum Arbeiten. So aber nicht andere Völker. Die Rumänen kommen nicht zum Arbeiten und haben Probleme mit uns." Daß hier der geneigte Rassist Rumän/innen mit den in Spanien lebenden Gitanos gleichsetzt, ist gewollte Assoziation. Die Debatte hat auch die hier bekannten typischen Begleiterscheinungen. Am 20. Mai starb auf einem Kommissariat auf Lanzarote ein Guineaner, angeblich an einer Überdosis Drogen. Ein Streit vor einer Diskothek wird auch in anderen Orten schnell zu einer Hetzjagd auf die "Muros".

Druck wird auch auf die marokkanische Regierung ausgeübt. Der spanische Staatspräsident Jose María Aznar drängte bei einer offiziellen Visite Anfang Mai in Marokko darauf, daß das Nachbarland Engagement im Kampf gegen die illegale Einwanderung zeigt - die "heimliche Einwanderung ist keine Lösung" sagte Aznar.

Spanien wird sich das Recht herausnehmen, die Kontrolle seiner Grenzen zu verstärken. Nun soll in Marokko von der spanischen Regierung eine Werbekampagne gestartet werden, die auf die Gefahren der Flucht hinweist. Das Bild dazu wäre wohl eine aufgeschwemmte Leiche – “Ach! Wärsst du doch besser zu Hause geblieben!”

Heute zeichnet sich ab, daß eine Reform des “Ausländergesetzes” durchgeführt wird –wahrscheinlich nicht im Interesse derjenigen, die - vor was auch immer - flüchten.

Markus Stilo (ZAG)